

Textarchiv

Privater Spähangriff

VIDEOÜBERWACHUNG - Die Polizei setzt seit Jahren Kameras ein, doch nun entdecken zunehmend Privatleute diese Technik. Fachleute gehen davon aus, dass nichtstaatliche Stellen einige hunderttausend dieser Apparate installiert haben.

Anne Lena Möskén

BERLIN. Sie sieht aus wie ein Spielzeug, klein und harmlos. Versteckt lugt ihre Linse hinter der Vase auf dem Regal mit den T-Shirts hervor, man sieht sie und hat sie auch schon gleich wieder vergessen. Im Nebenraum sitzt Ladenbesitzer Ben hinter der Kasse. Nein, sagt er, erwischt habe er noch keinen Ladendieb mithilfe der Videobilder. "Trotzdem, fühlen wir uns besser damit." Denn: Geklaut werde viel in dem kleinen Laden im Berliner Bezirk Friedrichshain. Deshalb hat sich Ben die Kamera geholt, günstig beim Elektrodiskounter. "Und wenn man von den brennenden Autos hier im Kiez hört, bin ich für mehr Überwachungskameras, auch auf den Straßen", sagt der 29-Jährige. "Was ist schon dabei? Ich habe nichts zu verbergen."

Draußen vor dem Laden in der Kopernikusstraße hingegen steht eine kleine Gruppe in Kapuzenpullis, mit Dreadlocks und gepiercten Augenbrauen, und findet das alles überhaupt nicht unbedenklich. Die SAU, das "Seminar für Angewandte Unsicherheit", ist ein Zusammenschluss von linken Studenten und Freiberuflern, die sich mit Überwachung beschäftigen, seit das Thema mit dem 11. September 2001 eine neue Aktualität bekommen hat. SAU-Mitglied Nora* hält einen Bildschirm unter dem Arm, über den Monitor flackern die Bilder von Bens Überwachungskamera. So ist das mit Funkkameras: Mit einem einfachen Empfänger können die Signale abgefangen werden. Schließt man das Ganze an einen Rechner an, wäre sogar denkbar, die Bilder aufzuzeichnen. Seit es die SAU gibt, organisiert die Gruppe solche Kameraspaziergänge durch Berlin, bei denen sie zeigen, wo private Überwachungskameras filmen, was ihnen vor die Linse kommt.

Prominentestes Opfer: Angela Merkel

Die Kritik der Gruppe: Kameras scheinen sich in den vergangenen Jahren zu einem Allheilmittel entwickelt zu haben, gegen Terroristen, Ladendiebe und Vandalierer. Seit Jahren wird die Technik immer billiger. "Nahezu unbemerkt

ist mittlerweile ein privates Überwachungsnetz entstanden", sagt Nora. Und das nicht nur in Bezirken wie Mitte, wo es Botschaften und Politikerbüros gibt, Luxusmarken ihre Läden haben und gutverdienende Zugezogene in Lofts wohnen, sondern auch in Szenebezirken wie Friedrichshain mit seinen Studenten-WGs, linken Wohnprojekten und Cafés. Nora drückt ihren Zuhörern ein Blatt in die Hand. Darauf ist der Kiez rund um den Boxhagener Platz abgebildet und 44 schwarze Punkte. Das sind alle Läden mit Überwachungskameras, die die Gruppe in der Gegend ausmachen konnte.

Deutschland gehört noch immer zu den Ländern in Europa, die Datenschutz hoch halten. Von Orwellschen Szenarien wie in Großbritannien, wo Schätzungen mehr als vier Millionen Überwachungskameras vermuten, scheinen wir hierzulande noch weit entfernt zu sein. Dennoch ergab eine Studie der britischen Menschenrechtsorganisation Privacy International: Auch in Deutschland sinkt der Schutz der Privatsphäre. Während die Organisation 2006 Deutschland noch hohe Standards bescheinigte, lautete ihr Fazit 2007, dass diese mittlerweile signifikant geschwächt seien. Grund dafür sei die Einführung der biometrischen Pässe, aber eben auch eine zunehmende Überwachungspraxis. Prominentestes Opfer bisher: Kanzlerin Angela Merkel, die in ihrer Wohnung von einer Kamera des gegenüberliegenden Pergamonmuseums gefilmt wurde.

Im Gegensatz zu England ist es in Deutschland die private Überwachung, die Datenschützer wie die SAU auf die Barrikaden ruft. Geregelt wird die im Bundesdatenschutzgesetz, aber der Gesetzestext ist vage formuliert und lässt außerdem offen, wer kontrollieren soll, wer was filmt und was mit den Bildern passiert. Nur vereinzelt gab es bisher Grundsatzentscheidungen, die Klarheit darüber bringen, was "schutzwürdige Interessen" sind, die das Gesetz nicht verletzt sehen will. Wenn man die Mitglieder der SAU fragt, dann braucht es viel mehr Leute, wie die gegen die ständige Videoüberwachung klagen.

Muss der Gemüsemann an der Warschauer Straße, gleich um die Ecke von Bens Klamottenladen, wirklich das Gemüse vor dem Geschäft filmen? Zumal die Kamera weniger die Tomaten zeigt, sondern deutlicher die Wartenden an der Tramstation, wie ein Blick auf Noras Monitor zeigt. Und warum filmte das italienische Restaurant ein paar Straßen weiter seine Gäste, nur weil eine Zeit lang Wein aus dem Keller verschwand? Studien bezweifeln nach wie vor, dass Kameraüberwachung überhaupt eine präventive Wirkung hat, wenn es um Verbrechen geht, und kritisieren: Wenn jeder gefilmt wird, widerspricht dies der Unschuldsvermutung, die in Deutschland gilt.

Auch wenn "der kleine Lauschangriff", wie die SAU-Mitglieder Friedrichshains Kameras nennen, privat ist - er könnte jederzeit staatlich werden, denn die Polizei kann auf die Bilder zugreifen, sobald eine Gefahr für die öffentliche

Sicherheit festgestellt würde. "Klar, die einzelne Videokamera mag für sich gesehen sinnvoll sein", sagt Nora, "aber wenn man sie alle zusammen nimmt, wird die Freiheit des Einzelnen immens eingeschränkt."

* Name von der Redaktion geändert.

Rechtliche Grauzone

Im Bundesdatenschutzgesetz wird die Kameraüberwachung in öffentlich zugänglichen Räumen geregelt. Unter anderem muss erkennbar gemacht werden, dass überwacht wird. Genutzt werden dürfen die Bilder nur für den Zweck, zu dem die Kamera installiert wurde. Mit dem Zweck beginnt aber bereits die rechtliche Grauzone. Er muss laut Gesetz der "Wahrnehmung berechtigter Interessen" entsprechen und "schutzwürdige Interessen der Betroffenen" dürfen nicht übergangen werden.

"Schutzwürdige Interessen" sah das Amtsgericht Mitte 2003 verletzt. Ein Journalist hatte gegen das Kaufhaus Dussmann geklagt, das den Gang unter den Arkaden an der Friedrichstraße überwachte. In seinem Urteil entschied das Gericht, dass Dussmann nur einen schmalen Streifen des Gehsteiges überwachen darf, auch wenn der Eigentum des Kaufhauses ist.

Die Polizei der Länder nutzt die Videotechnik mindestens seit 1996.

Wie eine Forsa-Umfrage im Juli 2009 ergab, halten 73 Prozent der Deutschen eine vollständige Videoüberwachung öffentlicher Plätze, Bahnhöfe, Flughäfen, Stadien und Einkaufszentren für richtig; 61 Prozent glauben, dass sie auch erfolgreich ist.

Grafik: Eine vollständige Überwachung auf öffentlichen Plätzen, Bahnhöfen, Flughäfen, Stadien oder großen Einkaufszentren ist ... in Prozent der Befragten richtig 73 , falsch 27

Foto: Immer ein Auge drauf: ein Bühnenbild der Seebühne Bregenz als Sinnbild für die zunehmende Videoüberwachung.

IMPRESSUM KONTAKT MEDIADATEN

